



**CDU**

Kreistagsfraktionen von CDU und Grünen | Am Rübezahlwald 7 | 51469 Bergisch Gladbach

Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises  
Herrn Stephan Santelmann  
Am Rübezahlwald 7  
51469 Bergisch Gladbach



KREISTAGSFRAKTIONEN  
CDU UND  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

13.03.2025

## **Strukturreformpläne beim Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Landes Nordrheinwestfalen**

### **Antrag**

Sehr geehrter Herr Santelmann,

wir verfolgen die geplanten Strukturreformpläne des Landes Nordrhein-Westfalen für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) mit Interesse.

Wir begrüßen die Bestrebungen, den Schienennahverkehr effizienter und einheitlicher zu gestalten, sehen jedoch neben Chancen auch Risiken in einer möglichen Neuorganisation der SPNV-Aufgabenträgerschaft.

Bei der Frage der konkreten Umsetzung gilt es darauf zu achten, dass es für den Rheinisch-Bergischen Kreis und die regionalen Verknüpfungen zu keinen Verschlechterungen kommt und weiterhin ein Mitspracherecht bei der Ausgestaltung wahrgenommen werden kann, damit der SPNV auch in Zukunft Hand in Hand mit den anschließenden Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vor Ort geht. Im Zentrum müssen vor allem die Verkehrsbedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer stehen.

Wir, die Kreisfraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, beantragen, dass der Kreistag die folgenden Punkte beschließen möge, damit der Landrat diese mit einem starken Mandat gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen vertreten und sicherstellen kann:

### **1. Unterstützung der Zusammenarbeit der drei SPNV-Aufgabenträger**

Wir begrüßen die Überlegungen zur stärkeren Zusammenarbeit der drei SPNV-Aufgabenträger in einem Kooperationsmodell mit Beteiligung des Landes, sofern diese zu Effizienzsteigerungen im SPNV (und einer Vereinheitlichung der Tarifstruktur in Nordrhein-Westfalen) führen. Den Zielen im NRW-Koalitionsvertrag, der eine effizientere und einheitlichere Organisation des SPNV anstrebt, schließen wir uns vollumfänglich an.

Kreistagsfraktionen von  
CDU und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Kreistag des  
Rheinisch-Bergischen Kreises  
Am Rübezahlwald 7  
51469 Bergisch Gladbach

13.03.2025

## **2. Beteiligung der Gremien von go.Rheinland**

Wir fordern eine ordentliche Beteiligung der Gremien von go.Rheinland, die als Aufgabenträger des SPNV fungieren, sowie des Kreises als Aufgabenträger des ÖPNV. Besonders im Hinblick auf eine einheitliche Tarifstruktur ist dies von großer Bedeutung.

## **3. Partnerschaftliches Beteiligungsverfahren**

Es ist uns ein Anliegen, ein partnerschaftliches und ergebnisoffenes Beteiligungsverfahren zu etablieren. Dabei sollten alle relevanten Akteure einbezogen werden, um die bestmöglichen Lösungen zu finden.

## **4. Berücksichtigung kommunaler/regionaler Strukturen**

Die Verkehre des ÖSPV und des SPNV sind aufeinander abgestimmt. Es gilt, den gesamten ÖPNV mit seinen unterschiedlichen Verantwortlichkeiten auf kommunaler und regionaler Ebene miteinzubeziehen. Wir bitten um Berücksichtigung der Einflussmöglichkeiten und Spezifika der kommunalen sowie regionalen Strukturen innerhalb möglicher neuer Gremienstrukturen. Insbesondere die Bedürfnisse des ländlichen Raums dürfen hierbei nicht vernachlässigt werden, da der SPNV gegenwärtig stark auf die Ballungsräume konzentriert ist. Unser Grundsatz lautet: dezentrale Förderung in der Gesamtfläche vor zentraler Planung, die sich nur auf die Metropolen konzentriert.

## **5. Erhöhung der Schienen-Infrastrukturförderung**

Wir fordern das Land Nordrhein-Westfalen auf, die Schienen-Infrastrukturförderung deutlich zu erhöhen. Aktuell bestehen hohe Investitionsrückstände im Schienennetz, die dringend angegangen werden müssen. Dabei ist eine nachhaltige Finanzierungsstrategie entscheidend für die Umsetzung der geplanten Verbesserungen.

## **6. Vermeidung von Umverteilungen zu Lasten des ländlichen Raums und Haftungsausschluss**

Wir setzen uns dafür ein, dass es bei der Infrastrukturförderung keine Umverteilungen zu Lasten des ländlichen Raums gibt. Es ist entscheidend, dass auch unsere ländlich geprägten Regionen angemessen gefördert werden und nicht hinter den Interessen der Metropolen zurückstehen. Vor allem eine Trägerhaftung der ländlich geprägten Gebietskörperschaften für die Maßnahmen in den großstädtischen Ballungszentren muss – nicht zuletzt wegen der aktuellen finanziellen Situation – ausgeschlossen werden.

Die Kreistagsfraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitten Sie, diesen Antrag auf die Tagesordnungen des Kreisausschusses am 13.03.2025 und des Kreistags am 20.03.2025 zu setzen und zur Abstimmung zu stellen, damit die oben genannten Punkte aktiv in die Gespräche mit dem Land Nordrhein-Westfalen eingebracht werden können.

Mit freundlichen Grüßen

13.03.2025

Gez.

Gez.

Uwe Pakendorf  
Fraktionsvorsitzender

Ursula Ehren  
Fraktionsvorsitzende

Gez.

Gez.

Christopher Schiefer  
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Roland Rickes  
Fraktionsvorsitzender